



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cleinow, Georg: Brest-Litowsk, Zweiter Akt

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Brest-Litowsk, Zweiter Akt

Von Georg Kleinow



ie Gewitter, die sich gegen Herrn von Kühlmann in der Heimat wegen des Verlaufes der Brester Verhandlungen zusammengezogen hatten, beginnen sich zu verziehen, seit er den Nachweis erbringen konnte, daß die russische Berichterstattung darüber falsch war. Die Russen selbst haben es beseitigt. Im übrigen hat das Interesse an Brest-Litowsk merklich abgeflaut nach dem Hervortreten von Lloyd George und Wilson. Ihre Friedensbedingungen besagen, daß in Brest ein allgemeiner Frieden nicht geschlossen wird. Damit aber verringert sich die Bedeutung der dort gepflogenen Verhandlungen auf das Maß einer Episode, keiner alltäglichen zwar, aber doch einer vorübergehenden. Das Hauptinteresse wendet sich dem großen Weltgeschehen im Westen zu, der Armee und ihren Unternehmungen, den kriegerischen Maßnahmen der Feinde, der Niederwerfung Englands und — vielleicht in noch höherem Maße den Beschlüssen, die der Kaiser in diesen Tagen als Zielsetzung des Separatfriedens mit Rußland gesucht hat. Wir wissen, daß außer unseren Heerführern Hindenburg und Ludendorff auch der Kronprinz nach Berlin gekommen ist, während kurz vorher die polnische Regierung unter Führung des Schloßhauptmanns von Posen, Grafen Hutten-Czapki, ihre Antrittsbesuche in Berlin abgestattet hat. — So schön ein baldiger allgemeiner Frieden wäre, so traurig es ist, daß immer noch geopfert werden muß, um dem Briten die Gleichberechtigung auf der Erde zu Wasser und zu Lande abzurufen, so liegt doch in der Hoffnung, nun unter günstigeren allgemeinen Bedingungen ganze Arbeit machen zu können, ein gewisser Trost und die Aussicht dafür, daß auch die bisherigen Opfer ihren vollen Lohn bringen sollen.

Brest ist von einem Markstein der Weltpolitik zu einem solchen der Kontinentalpolitik herabgesunken. In Brest handelt es sich nicht mehr um die ganz großen Menschheitsfragen, über die sich die Menschen doch niemals verständigen werden, sondern um die praktischen Lebensfragen der Völker dreier Staaten, denen sich Bulgarien und die Türkei beigefügt haben.

Wir brauchen somit wegen des entwichenen Friedens die Köpfe nicht hängen zu lassen. Wir stehen wieder auf dem festen Boden der Tatsachen. Noch viel weniger haben wir Ursache, den Russen anders gegenüberzutreten, wie es bei den Waffenstillstandsverhandlungen der Fall war. Wenn uns auch der Friede mit einem Volke willkommen ist, gegen das wir nur mit starkem inneren Widerstreben ins Feld gezogen sind, so sind doch nicht wir diejenigen, die den Frieden um jeden Preis haben müssen. Der zweite Akt der Brester Verhandlungen könnte daher unter recht erfreulichen Ausichten, auch diplomatischer Art, beginnen, wenn unsere Unterhändler und alle Teile der Berliner Regierung, namentlich aber auch alle politischen Parteien sich der Stärke unserer Stellung im Osten bewußt wären. Daß die nächsten Verhandlungen ganz ohne Überraschungen verlaufen sollten, ist nicht anzunehmen. Schon am 9. dieses Monats mußte die Sitzung zuerst bis 4 Uhr nachmittags, dann bis zum folgenden Tage unterbrochen werden. Am 10. wurde bekannt, daß die ukrainische Abordnung nicht als eine Unterkommission bei den Russen zu betrachten sei, sondern als Vertreterin des selbständigen Staates Ukraina; schließlich haben die Donkosaken, die durch Kaledins Hauptquartier noch mit der Entente in freundschaftlichen Beziehungen stehen und direkten telegraphischen Verkehr mit der englischen Heeresleitung in Mesopotamien aufrechterhalten, die Ukrainer in Brest als ihr Verhandlungsorgan erklärt! Daneben hat die Zusammensetzung der Unterhändler eine Ergänzung erfahren, die der glatten Abwicklung der Verhandlungen nicht günstig erscheint: die polnischen Vertreter dürften in diesen Tagen in Brest-Litowsk als Berater eintreffen. Nach der Rede des polnischen Abgeordneten in der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses dürfen wir annehmen, daß die Polen ihre Haupt-

aufgabe darin sehen werden, auch von Brest aus vor allen Dingen internationale Beziehungen anzuknüpfen und auszubauen, die sie gegen uns verwenden würden.

Nachdem die Westmächte darauf verzichtet haben, auf dem Boden eines allgemeinen Friedens ohne Gebietsabtretungen und Entschädigungen mit uns zu verhandeln, geht es in Brest darum, eine Grundlage zu finden, auf der zwischen den Mächten Mitteleuropas nebst Bulgarien und der Türkei einerseits und den im Entstehen begriffenen russischen Staaten ein auf Treu und Glauben aufgebautes Verhältnis errichtet und bestehen bleiben könnte. Für die russischen Vertreter sollte es dabei im Augenblick darauf ankommen, alle kulturellen Kräfte des Landes frei zu machen, um sie in den Dienst des inneren Wiederaufbaues ihres Landes zu stellen, während unsere Vertreter darauf bedacht sein müssen, Mitteleuropa vor einem Übergreifen der russischen Krankheit, möge sie als anarchischer Sozialismus oder als Panslawismus oder sonstwie auftreten, zu behüten und doch alle Brücken zu bauen, die einmal zur Verständigung der beiden ungleichen Staatenkomplexe führen möchten. Wir wissen aus den Worten, die General Hoffmann am 9. d. M. gesprochen hat, sowie aus vielfachen Erfahrungen an der Front, daß die Russen den Waffenstillstand insofern für sich auszunutzen versuchten, als sie in die Reihen unserer Truppen revolutionäre Propaganda hineinzufragen strebten. Jetzt hören wir, daß der Leiter dieser Propaganda, Genosse Kadel, zugleich Direktor der staatlichen St. Petersburger Telegraphen-Agentur ist, die die falschen Berichte über den Verlauf der Verhandlungen in die Welt gesandt hatte. Solche Erfahrungen erschweren es naturgemäß unseren Unterhändlern, den Russen mit vollem Vertrauen zu begegnen und zwingen sie, Sicherung gegen Attentate auf unsere Staatseinrichtungen auf praktisch erprobten Wegen zu suchen. Die allgemeine Aufgabe unserer Unterhändler im zweiten Abschnitt des Friedens von Brest, wenn ein solcher zustande kommen sollte, wird sein, die politische Befestigung der Sicherungen, die bisher die Armee geschaffen hat, unter allen Umständen herbeizuführen.

Die Aufgabe sieht angeichts des bei den Russen tatsächlich vorhandenen Friedensbedarfes sehr einfach aus. Sie ist es aber durchaus nicht, denn sie ist bepackt mit unsern Fehlern in Polen, mit den Fehlern des ersten Verhandlungsabschnitts und darüber hinaus mit den historischen Voraussetzungen des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, hinter denen die alten politischen Kampfrufe: Sie Großdeutsch! Sie Kleindeutsch! wieder laut werden. Dazu gesellen sich erschwerend die Nerven zerreibenden Stimmungen in Berlin, die aus innerpolitischen Gesichtspunkten von gewissen Kreisen wachgehalten werden. Von den Ukrainern aber hören wir panslawistische Motive anschlagen, wenn sie in ihren Friedensgrundsätzen „das volle nationale Selbstbestimmungsrecht“ „auch dem kleinsten Volke in jedem Staate sichern“ wollen. Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir annehmen, daß dies mit der gleichen Absicht geschehen ist, wie jene Propaganda der Magimalisten.

Von den Fehlern in Polen wollen wir ein andermal ausführlich sprechen. Die Fehler des Herrn von Kühlmann? Herr Lloyd George hat unsern Chef der Diplomatie jedenfalls aus recht peinlicher Lage befreit, als er nach Vertreiben der Frist noch sein Friedensprogramm oder richtiger seine neue Kriegserklärung gegen uns schleuderte. Herr von Kühlmann scheint von dieser Entlastung keinen Gebrauch zu machen. Welche Gründe innen- und außenpolitischer Natur man heranziehen möchte, um sich seine Art, vorzugehen, zu erklären, sie verdient entschiedenste Zurückweisung, weil sie dem Gegner, überdies in einer Form, die weder der tatsächlichen Machtstellung der Mittelmächte, noch der Würde der Unterhändler entsprach, die Wege offenbarte, die unsererseits im Osten eingeschlagen werden sollten. Nur wenn Herr von Kühlmann die Berechtigung hatte, zu glauben, durch Verständigung mit den Engländern über die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten zu einem Vertrage kommen zu können, vielleicht, indem man sich gewisse Besitzrechte gegenseitig garantierte, durfte er es wagen, den betretenen Weg zu gehen. Denn für so töricht konnte er doch die Engländer nicht halten, daß sie seine unausgesprochenen Vorbehalte

nicht erkennen würden! Das Ergebnis des Kühlmannschen Schachzuges ist denn auch nur sehr niedrig einzuschätzen. Die Figuren, die er geopfert hat, werden durch den erzielten Gewinn nicht aufgewogen.

Der Gewinn besteht in der amtlichen klaren Darlegung der Kriegsziele und Friedensbedingungen Englands, die noch ein besonderes Gewicht erhalten durch die feierliche Form, mit der der Präsident Wilson diejenigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika dargelegt hat. In beiden Dokumenten steht nichts, was wir nicht schon längst gewußt hätten; sie unterscheiden sich von früheren Kundgebungen nur durch die äußere höflichere Form. Daß die Herbeischaffung der Papiere so notwendig gewesen wäre, um die Stimmung beim deutschen Volk zu heben, bestreite ich. Denn weder Berlin, noch die Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 stellen das deutsche Volk dar. Ich halte die Herausforderung des Dokuments auf dem betretenen Wege für schädlich, unserer militärischen Lage abträglich durch die Wirkung, die es in England und Frankreich haben konnte und auch tatsächlich hat: Herrn von Kühlmanns durchaus irrige Auffassungen vom Wesen des englischen Menschen, die uns schon irreführt haben, als er noch nächster Mitarbeiter des Fürsten Richnowsky in London war, haben das englische Volk zusammengeführt, den beginnenden Riß zwischen den englischen Imperialisten und Arbeitern sich wieder schließen lassen. Darauf deuteten wir hin, als wir vor vierzehn Tagen das erneute Friedensangebot als in „jedem Falle schädlich“ bezeichneten.

Ebenso unpraktisch scheint mir der Weg gewählt zu sein, den unsere Unterhändler in Brest für die Erledigung der Wirtschaftsfrage gehen. Aus dem Bericht des Direktors im Auswärtigen Amt Geheimrat Johannes im Hauptausschuß des Reichstages wissen wir, daß von unserer Seite darauf ausgegangen wird, mit Rußland den Handelsvertrag von 1904 langfristig zu erneuern und die Meistbegünstigung durch Rußland für mindestens zwanzig Jahre festzulegen. Die russischen Herren sträuben sich dagegen. Sie sträuben sich, nicht gestützt auf praktische Kenntnis der Wirkung jenes Handelsvertrages, sondern lediglich gefühlsmäßig. Sie geben selbst zu, die wirtschaftlichen Fragen nicht genügend zu beherrschen, um sich binden zu können. Tatsächlich sind bei dem Vertrage Deutschland und Rußland gut gefahren, — wir haben das vor dem Kriege im einzelnen nachgewiesen;\*) zu kurz gekommen sind nur unsere englischen und französischen Wettbewerber, bzw. ihre russischen Agenten in Petersburg und Moskau. Sie waren denn auch die Träger der deutschfeindlichen Wirtschaftspropaganda in Rußland vor dem Kriege. Durch sie war schon fast das gesamte arbeitende Rußland zu der Überzeugung gebracht, daß die Rückständigkeit des Landes, auch die politische, in erster Linie auf die wirtschaftliche Ausbeutung durch Deutschland zurückzuführen sei. Der Handelsvertrag soll nur unter dem Druck des russisch-japanischen Krieges zustande gekommen sein. Das durch den Brief unseres Kaisers an Zar Nikolaus längst widerlegte Märchen von der deutschen Gegnerschaft gegen liberale Reformen geht immer noch um. Nicht nur das liberale, auch das konservative Rußland hatte die Propaganda gegen den deutschen Zolltarif auf seine Fahnen geschrieben. Und nun soll vor allen Dingen gerade die Bedingung der Annahme dieses Zolltarifs an erster Stelle im Friedensvertrage stehen. Eine solche Taktik hätte vielleicht Sinn, wenn dadurch an anderer Stelle Vorteile für uns heraussprängen, — z. B. als Kompensationsobjekt oder um der gegenwärtigen Regierung in Rußland möglichst viele und große Steine in den Weg zu werfen. Wir glauben nicht, daß diese Absicht besteht. Hier geschähe es überdies mit untauglichen Mitteln und — auf den Schützen springt der Pfeil zurück! Wir würden uns selbst viel mehr schaden, wie der maximalistischen Regierung, wenn wir sie unter die Bedingung der Annahme des Handelsvertrages zwängen, denn wir spielten unseren Feinden in und außerhalb Rußlands das vorzüglichste Propagandamittel gegen uns in die Hände und erschwerten uns die Neuanknüpfung der Handelsbeziehungen

\*) Siehe Grenzboten 1914, Heft 26.

mit dem arbeitenden Rußland durch das Mißtrauen, das wir da hineinsäen. Unsere künftigen Beziehungen zum russischen Volke sollten nicht belastet werden durch einen Handelsvertrag, der ihm in schwerer Stunde aufgenötigt nur eine ähnliche politische Stimmung erzeugen würde, wie der von 1904. Hier gilt es entweder die Russen von ihrer Voreingenommenheit abzubringen, was um so sicherer erfolgt, je weniger Wert wir auf die Erneuerung des Handelsvertrages legen, oder uns selbst der Volksstimmung drüben anzupassen.

Über die bisher angewandte Art des Vorgehens ließe sich vielleicht eine Verständigung erzielen, wenn es sich um dieselbe russische Regierung handelte, die uns mit Krieg überzog und sich ein Interesse fände, dieser Regierung das Leben so sauer wie möglich zu machen, wenn Rußland sich überhaupt in einem Zustande befände, der demjenigen von vor dem Kriege nahe käme. Tatsächlich besteht das alte Rußland, mit dem der Handelsvertrag von 1904 abgeschlossen wurde, gar nicht mehr: das Hauptland ist geborsten in Moskau und Kijew (zwischen beiden können sich sehr tiefe wirtschaftliche und politische Gegensätze entwickeln, besonders wenn Kijew als Überschußland seine überragende Bedeutung für Moskau voll erkennt), — Finnland ist abgesprungen, die größere Hälfte der baltischen Provinzen, Litauen, Teile von Weißrußland und Polen befinden sich teils als Faustpfänder, teils unwiderruflich in unserer Hand; wie es um den Kaukasus und Sibirien steht, entzieht sich unserer Kenntnis. Und einschneidender noch als dies ist die Tatsache, daß, soweit die Macht der Lenin und Trotzki reicht, das Privateigentum aufgehoben und das Land zu sozialpolitischen Experimenten aller Art hergerichtet ist. Von dem Bürgerkrieg gar nicht zu reden: wäre er nicht schon da, so dürften wir seinen Ausbruch jede Stunde erwarten. Die Zustände im heutigen Rußland sind unhaltbar, sind ein Provisorium ohne Kredit und ohne Vertrauen, und unserer wirtschaftlichen Zukunft über das Provisorium hinaus Fesseln anzulegen, hieße blühendes Leben an einen Leichnam fetten. Die Bindung wäre einseitig. Wir, unsere Landwirtschaft, Industrie und Handel, wären gebunden, nicht die Russen.

Einen solchen Frieden mit Rußland wünschen wir uns nicht! Ich schrieb schon vor einigen Wochen: der Abschluß eines langfristigen Handelsvertrages mit Rußland kann nicht die Aufgabe unserer Unterhändler sein. Was in dieser Stunde wirtschaftlich zu erreichen ist, sind Abmachungen über den primitiven Warenaustausch, wie ihn der Krieg erfordert. Selbst beim besten Willen der jetzigen Machthaber ließe mehr sich zurzeit praktisch schon deshalb nicht erreichen, weil die anarchischen Zustände im russischen Inlande einen sichern Handelsverkehr gar nicht zulassen. Im übrigen wollen wir die Vorbereitung guter Beziehungen mit dem arbeitenden, friedliebenden Rußland, keinen Eintagsersolg, den jede neue Volkserhebung umstößt; wir wollen den Regierungen des russischen Landes, gleichgültig wie sie innerlich aufgebaut sein mögen, die dem russischen Volke einmal den innern Frieden wiedergeben, als Freunde gegenüberstehen können, als Freunde, die ihnen helfen den Weg auch kulturell nach Europa zurückzufinden. Die Russen und Deutschen sind aufeinander angewiesen: wirtschaftlich und politisch! Bis solche Regierungen sich gefunden haben, kann Brest-Litowsk nichts anderes bleiben, als ein Vorfrieden, der dem Volk Zeit zur Selbstbestimmung gibt. Die Stellung des geachteten Freundes erwerben wir uns aber nicht durch schwächliches Zurückweichen von den großen Aufgaben, vor die uns die Geschichte gestellt hat.

Damit sind wir angelangt bei den praktischen Aufgaben, die in Brest vorläufig zu leisten sind. \* \* \*

Je klarer uns geworden ist, daß wir um unsere Weltmachtstellung, um die Freiheit auf dem Meere, das Recht Kolonien zu erwerben und in allen Orten der Erde Handel zu treiben gezwungen sind, mit England einen Kampf auf Leben und Tod zu führen,\*) um so bewußter müssen wir uns auch sein, daß wir diesen

\*) Meine ausführlichen Darlegungen in Heft 1 der „Grenzboten“ von diesem Jahre haben mir zahlreiche Zustimmung aus allen Teilen des Vaterlandes und allen politischen Kreisen eingetragen.

Kampf auf die Dauer in Ehren nur bestehen können, wenn unsere rückwärtigen kontinentalen Verbindungen unbedingt in Ordnung bleiben oder, wo sie in Unordnung geraten, wieder in Ordnung kommen. Bei dieser Forderung handelt es sich nicht allein um die Frage des wirtschaftlichen Durchhaltens und der Bewegungsfreiheit auf allen Verkehrswegen; in noch höherem Maße geht es um die Festigkeit der politischen Beziehungen der Mittelmächte zueinander und um ihr Verhältnis zu den geworfenen Gegnern von gestern. Denn schließlich wächst unser politischer Einfluß auf der Welt in dem Maße, wie die Zahl und Größe der Völker und Staaten auf dem Kontinent sich vermehrt, deren Wohlergehen mit dem unsrigen steigt und fällt. Eine kräftige deutsche Weltpolitik hat zur Voraussetzung eine kluge, Interessengegenstücke ausgleichende — beileibe nicht schwächliche Kontinentalpolitik. Daher liegt es für uns nahe, an Gedankenreihen aus Zeiten des Aufstiegs anzuknüpfen und den Versuch zu machen, mit veränderten Mitteln zu ähnlichen Ergebnissen zu gelangen wie unsere Großeltern. In Brest-Litowsk könnten die Fundamente zu einer unsere Zukunft sichernden Kontinentalpolitik gelegt werden.

Die Vorbedingung dafür wird immer sein, daß wir unsere durch ein halbes Jahrhundert mit größter Mühe und Selbstverleugnung kunstvoll aufgebauten Beziehungen zur habsburgischen Doppelmonarchie vertiefen und in jeder Richtung ausstaffeln. Dazu gehört, daß nicht Faktoren in die mitteleuropäische Politik hineingetragen werden, die diese Beziehungen nur mit neuen Gewichten belasten können und die angebahnte Entwicklung stören. Ein solcher Faktor wäre u. a. eine Lösung der Polenfrage, die nicht alle kulturellen und politischen Interessen der beiden Hauptmächte berücksichtigte. Es wäre verwerflich und würde das deutsche Volk am schwersten belasten, wenn die Reichsregierung den Vorkungen derer folgte, die uns eine Lösung schmachhaft machen wollen, die ein selbständiges Polen mit einer Persönlichkeit als König vorschlagen, von der erzählt werden kann, sie stünde mit dem regierenden Habsburger nicht in den besten Beziehungen. Eben weil jene Persönlichkeit feindliche Gesinnungen gegen Kaiser Karl hegen soll, dürfte sie von uns als König von Polen nicht in Frage kommen. Wir wollen durchaus vertrauenswürdige Beziehungen mit Habsburg haben, keine *societas leonina!*\*)

Demnächst müssen wir unserem Staat eine Einfriedigung geben, die die Begehrlichkeit unserer Nachbarn in Schranken hält. Nun wir zerufen sind durch die Verhandlungen in Brest, unsere Ostgrenze sicherzustellen, haben wir uns Klarheit darüber zu geben, was Sicherheit im Osten heißt. Politische Sicherheiten setzen sich aus mehreren Faktoren zusammen, und es heißt sie alle zu einem Mosaik zusammenzufügen, wenn sie auch recht gegensätzlich anmuten und ästhetisch verschiedenartig wirken. Aesthetikum und Romantik gehören nicht an den Tisch der Friedensunterhändler, das sind Hilfsmittel der Parteiagitation.

Angeichts des Gärungszustandes in russischen und polnischen Landen sowie der augenscheinlichen panslawistischen Tendenzen in Österreich und Rußland, bei völliger Unmöglichkeit schon heute zu übersehen, welche Leidenswege die Völker des Ostens noch zu durchlaufen haben werden, ehe sie zu einer gesicherten staatlichen Existenz kommen, liegt die Aufgabe unserer Unterhändler in Brest in der Herstellung solcher Sicherungen, die sowohl den Russen wie uns die Möglichkeit geben, jeder seine Angelegenheiten ungestört durch den andern erledigen zu können.

Wir wollen uns mitteleuropäisch konsolidieren und in der Weltpolitik England gegenüber ein für allemal durchsetzen; die Russen wollen die Schäden langjähriger Mißwirtschaft auf dem Wege durch staatliche Experimente heilen. Die Folgen dieser Experimente könnten sich auch bei uns bemerkbar machen, wenn wir uns nicht entsprechend schützen. Je fester und unantastbarer die Grenzen zwischen uns sein werden, um so größer wird auch die Sicherheit für beide Teile bleiben, sich

\*) Über die sogenannte österreichische Lösung habe ich mich in Heft 49, 1917, S. 257/62 ausgesprochen; die Polenfrage soll im nächsten Heft noch einmal im ganzen behandelt werden.

nach Gutdünken zu Haus einzurichten, und um so größer werden die Freiheiten sein, die die Staaten ihren Angehörigen einräumen können. Gute militärische Grenzen gegen Rußland sind die hauptsächlichste Voraussetzung für eine liberale und demokratische Ausgestaltung unseres politischen Lebens im Innern.

Unser Schutz im Osten ist zwiefach zu begründen: militär-politisch und staats-politisch. Der militär-politische Schutz besteht im wesentlichen in der Schaffung solcher Grenzen, daß es keiner östlichen Konstellation von Mächten in den Sinn käme, diese Grenzen anzugreifen und überrennen zu wollen. Diese Grenzicherung ist überhaupt das Mindestmaß dessen, was wir bedürfen; Ostpreußen, Posen, Schlesien dürfen nicht in der Gefahr bleiben, von einem östlichen Gegner überflchwemmt zu werden.

Daraus ergibt sich auch unabhängig von einer Lösung der Polenfrage die Notwendigkeit des Überganges eines breiten Schutzstreifens in Polen und Litauen in deutschen (preußischen) Besitz unter möglicher Ausfiedlung der nicht deutschen Bevölkerung. Den Verlauf des Schutzstreifens zu bestimmen, ist allein Sache der Obersten Heeresleitung. Diese Forderung den Russen gegenüber ohne jeden Vorbehalt durchzusetzen, ist die erste und wichtigste Aufgabe Herrn von Kühlmanns.

Wer den Ernst dieser Forderung in seinen tiefsten Tiefen begreifen will, der greife nach dem II. Bande von Hermann Stegemanns „Geschichte des Krieges“ und schlage das Kapitel „Der Feldzug im Osten vom 12. September bis 5. November 1914“ auf. Dort heißt es, daß Hindenburg sich aus Suwalki zurückziehen mußte, also die ostpreußische Grenze feindlichem Einmarsch öffnen, um die Gefahr zu beheben, „daß die österreichisch-ungarische Armee erbrücht oder in die Westidenlücke und die Mährische Senke abgedrängt würde. Die Szenenführung auf dem österreichischen Kriegstheater . . . war viel mehr vom Verhalten des Angreifers abhängig als im Westen . . .“ (S. 155/6). „Als die österreichischen und ungarischen Streitkräfte zehn Tage später (am 25. September) hinter dem Dunajez eintrafen und sich dort neu ordneten, erschienen die Spitzen Hindenburgs bereits in Südpolen. Von diesem Augenblick an war der Feldzug im Osten auf eine neue Grundlage gestellt. Trotzdem marschierten und fochten noch deutsche Truppen in scheinbarem Verfolgungsseifer westlich des Njemen und täuschten eine große Armee vor, . . . der Lärm dieser kriegerischen Bewegungen hallte in den russischen Gouvernements . . . so laut wider, daß die russische Heeresleitung das Rollen der Eisenbahnzüge überhörte, die Tag und Nacht über Thorn und Posen nach Süden leuchteten. . . . Es war hohe Zeit. Noch hielten sich einige österreichische Brückenköpfe am San und die Außenstellungen von Przemyśl gegen russische Angriffe, aber schon waren sie nur noch Inseln in der steigenden Russenflut . . .“ (S. 159.) „Die Vernichtungsschlacht bei Tannenberg . . . war zu ertragen, so lange die Deutschen nicht über Mlawa und Błozławet auf Warschau marschierten und die Weichsellinie aufrollen konnten“ (159/60).

Wir mußten unsere Verteidigung im Osten bis zum 3. November 1914 in strategisch nachteiligen Stellungen führen (S. 256). Mit wieviel Opfern an Menschen und Gut mußte dieser Nachteil ausgeglichen werden! Hätten wir durch entsprechende Aufmarschmöglichkeiten im Osten nicht mit denselben geringeren Opfern schon damals einen Frieden mit Rußland erzwingen können, der uns zum mindesten vor drei Kriegsjahren gegen Rußland bewahrt hätte! Nie und nimmer dürfen wir unsere Verteidigung in die Lage versetzen, wie sie 1914 bestand, das aber würde die Regierung tun, wenn sie anstatt die Verteidigung in unsere eigene Hände zu legen, sie anderen Völkern, geschweige den Polen und Litauern anvertrauen wollte.

Beide, Polen und Litauer, brauchen dennoch nicht vollständig aus dem Rechenexempel auszuschneiden, das es zu lösen gilt. Darum ist auch die weitere Aufgabe der Verhandlungen in Brest, zu einer vorbehaltlosen Verständigung über die Zukunft der besetzten Gebiete östlich des Schutzstreifens zu gelangen. Das Ziel muß sein: das Baltikum entweder als preußisches Kronland oder mit einem eigenen deutschen Fürsten und Litauen unter einem deutschen Statthalter wird als

deutsche Interessensphäre anerkannt, wobei Litauen ruhig den Charakter des Faustpfandes Rußland gegenüber behalten möge. Polen bleibe es frei, sich gleichfalls vorbehaltlos mit Rußland zu verständigen, — nachdem seine Führer es abgelehnt haben, sich an die Seite Preußens zu stellen, haben wir an der Gestaltung seiner inneren Verhältnisse kein Interesse mehr und können es sich selbst überlassen.

Daß über den Territorialfragen die Verhandlungen scheitern könnten, möchte ich bezweifeln; es sei denn, daß der propagandistische Wille der Sozialanarchisten stärker sei als ihre politische Einsicht. Wird den Moskauer Kaufleuten der Handelsverkehr über Riga nach Möglichkeit erleichtert, so werden die modernen Russen gar nicht zu dem Bewußtsein kommen, russisches Land verloren zu haben. Höchstens bei Teilen von Litauen mag sich ein historisches Gefühl regen. Die gegenwärtige russische Regierung würde durch den Wiedererwerb der Westprovinzen wahrscheinlich noch mehr in ihrer Stellung gefährdet werden, wie sie es schon jetzt ist, wenn sie auch durch die zahlreichen in Polen und Litauen sitzenden Juden eine Stärkung erfahren würde. Im besten Falle würden wir also das Land der Anarchie ausliefern. Damit gewinnen wir uns weder Vertrauen noch Achtung. Schwierigkeiten dürfte es allerdings bereiten, die Verträge so abzuschließen, daß sie als endgültig keiner internationalen Konferenz mehr vorgelegt zu werden brauchten. Jeder polnische Staat, auch ein mit Österreich Ungarn verbundener, würde die Dinge zu einer internationalen Behandlung treiben, schon um Bundesgenossen gegen die Deutschen zu gewinnen. Mit der Ukraina könnten unter gewissen Voraussetzungen trotz ihrer starken Verbindung mit dem Kapital der Westmächte vorbehaltlose Verträge abgeschlossen werden, während Moskau sich schwerer dazu entschließen würde. Jedenfalls ist nichts unmöglich in dieser Beziehung, namentlich, da es nach den Worten Trotzki's gegen Schluß der Sitzung vom 12. d. Mts. den Russen sehr darauf ankommt, eine Sicherheit dafür zu erhalten, daß die Mittelmächte sich nicht in die inneren Verhältnisse Rußlands einmischen. Die Frage mußte kommen! sie stellt den Höhepunkt des Zweiten Aktes von Brest dar. Es handelt sich um einen Friedensfühler der Noten Internationale, der vielleicht zu einem Waffenstillstand mit ihr führen könnte. Cui bono?

Bergeffen wir nur das eine nicht: die Ordnung der kontinentalen Verhältnisse, die jetzt in Brest-Litowsk eingeleitet wird, ist nicht Selbstzweck! Sie ist vielmehr bestimmt, unserer Stellung in der Welt gegen die noch ungebrochenen Westmächte, besonders gegen die Briten, eine sichere Grundlage zu schaffen. Brest-Litowsk bedeutet im besten Falle einen Vorfrieden. Darum darf er uns auch nicht das geringste von dem kosten, was mir als Faustpfänder militärisch für den allgemeinen Frieden uns erwarben.



**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbilligt werden kann.**

**Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.**

Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Nichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.

Fernsprecher des Herausgebers: Amt Nichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bagnow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.